

Stadtbehörde und Stadtplanung

unter der Lupe



Inhaltsverzeichnis

Erklärung	1
Städtisches Dunkel - Churs undurchsichtiger Umgang mit dem Stadtinventar	2
Churs Stadtentwicklungskonzept 2050 – Visionen ohne strategischen Anker	3
Plessurbrücke - Kritik an obskurer Churer Stadtplanung.	5
Stadtarchitektin - Sie kam, sah – und geht gleich wieder	5
Stadtklima-Initiative: Kein Fairplay des Stadtrats	6
Zusammenfassung	8

Erklärung

In der Stadt Chur stehen aktuell einige kontroverse Themen im Fokus der öffentlichen Diskussion. Diese Themen werfen nicht nur Fragen zur Stadtplanung auf, sondern beleuchten auch die Rolle und das Handeln der Stadtbehörde, insbesondere des Stadtrats.

Ein prominentes Thema ist das **städtische Inventar** der schutzwürdigen Bauten von Chur. Die undurchsichtige Handhabung des städtischen Inventars und fehlende Transparenz werfen Fragen zur Neutralität des Stadtrats auf.

Das **Stadtentwicklungskonzept STEK 2050** leidet unter fehlender Situationsanalyse und Strategie. Beunruhigend ist das Fehlen einer klaren Prognose zur Bevölkerungsentwicklung, obwohl dies einen entscheidenden Einfluss auf die Stadtentwicklung haben kann. Zudem wird die einseitige Ausrichtung auf ökonomische Interessen ohne ausreichende Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte kritisiert. Ein verbindliches Verkehrskonzept sowie eine fehlende Klimastrategie werfen weitere Fragen zur politischen Führung des Stadtrats auf.

Die Diskussion um die **Plessurbrücke** offenbart einen Mangel an Transparenz und demokratischer Beteiligung seitens des Stadtrats. Die späte Information der Anwohner und die undurchsichtige Informationspolitik lassen vermuten, dass die Stadtverwaltung die Bürger bewusst im Dunkeln lässt.

Der überraschende **Rücktritt der Stadtarchitektin Anne Pfeil** wirft Zweifel an der Stabilität in der Stadtplanung und Fragen zum Versagen des Stadtrats auf.

Die **Churer Stadtklima-Initiative** wird von politischen Manövern überschattet, die den Bürgerwillen missachten und undemokratisch erscheinen.

Im Folgenden werden diese fünf Themen im Kontext der Stadtregierung kompakt behandelt. Das generelle Misstrauen gegenüber der Stadtbehörde ist weit verbreitet, und es ist nun an der Zeit, dass der Stadtrat die Prinzipien von Transparenz und Partizipation ernsthaft in Betracht zieht, um nachhaltige Lösungen für die städtischen Herausforderungen zu erarbeiten.

Städtisches Dunkel - Churs undurchsichtiger Umgang mit dem Stadtinventar

[Die Kontroverse um das städtische Inventar](#) der schutzwürdigen Bauten von Chur wirft einen Schatten auf die Transparenz und die politischen Einflüsse innerhalb der Stadtverwaltung. In diesem Zusammenhang werden [an den Stadtrat gerichtete Kritikpunkte und Bedenken](#) genauer beleuchtet und deren mögliche Auswirkungen auf die Stadt Chur analysiert.¹

Die jüngsten Entwicklungen in dieser Angelegenheit rücken die undurchsichtigen Auswahlkriterien des Stadtrats in den Fokus (Stand: Februar 2021). 2017/18 wurde das Stadtinventar von einer Experten-Fachgruppe der Stadt überarbeitet; damals wies das Papier 267 Objekte aus. Nun veröffentlichte die Stadt Chur im Jahre 2020 ein zweites Papier, in dem nur noch von 242 Gebäuden die Rede ist. Dieser Aspekt ist von entscheidender Bedeutung, da der Entwurf des Generellen Gestaltungsplans (GGP) erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige baukulturelle Entwicklung der Stadt haben wird. Es ist bedauerlich, dass die Stadtverwaltung es versäumt hat, klare und nachvollziehbare Auswahlkriterien darzulegen, die einen transparenten Entscheidungsprozess ermöglichen würden.

Ein weiterer essentieller Punkt betrifft die fachliche Qualifikation der Stadtratsmitglieder, die an der Auswahl der Objekte beteiligt waren. Die Bewertung von Bauten aus einer **«kultur- und architekturhistorischen Perspektive»**² erfordert zweifellos ein hohes Maß an Fachwissen und Expertise. Es ist jedoch besorgniserregend zu erfahren, dass innerhalb der Stadtverwaltung [keine ausgewiesene Fachkompetenz für diese Aufgabe vorhanden ist](#). Dies wirft berechnete Zweifel an der Kompetenz und Neutralität des Auswahlprozesses auf.

Eine besonders heikle Frage, die sich stellt, betrifft die Motivation bei der Auswahl von als schutzwürdig erkannten Objekte im GGP. Die Reduzierung der Anzahl von Bauten aus den Jahren 1930 bis 1990 wirft Fragen nach politischer Einflussnahme auf und untergräbt die Unabhängigkeit und Neutralität des Auswahlprozesses. Hierbei ist höchste Vorsicht geboten, da politische Motive nicht die Grundlage für solch wichtige Entscheidungen bilden sollten.

Die undurchsichtigen Empfehlungen im Inventar, wie die Möglichkeit des Abbruchs und Wiederaufbaus im gleichen Stil, stehen im Widerspruch zu den grundlegenden Prinzipien des Denkmalschutzes und erfordern dringend eine Überarbeitung und Klarstellung.

Des Weiteren sind Fehler und Unvollständigkeiten im Inventar aufgetreten, von veralteten Formulierungen bis hin zu Objekten, die fälschlicherweise als abbruchwürdig eingestuft wurden. Dies wirft erhebliche Zweifel an der Sorgfalt und Genauigkeit des Inventarprozesses auf, die für eine fundierte Entscheidungsfindung unerlässlich sind.

Schließlich ist es äußerst bedauerlich, dass das Inventar der Altstadt nicht vollständig ist und die neu eingemeindeten Gebiete angemessen berücksichtigt. Dies zeugt von einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüber der historischen Bedeutung dieser Gebiete und erfordert dringend Maßnahmen zur Korrektur.

¹ Durband, Gion-Mattias (2022): Das Churer Bauerbe wird zum Politikum, Südostschweiz, 04. August 2022, 1/5.

² Vgl. Amtsblatt der Stadt Chur vom 08. Januar 2021, Seite 2.

Zusammenfassend bleibt zu hoffen, dass die Stadtverwaltung die aufgeworfenen Kritikpunkte ernst nimmt und sicherstellt, dass der Umgang mit dem baukulturellen Erbe der Stadt auf klaren, objektiven und unparteiischen Grundlagen erfolgt. Nur so kann Chur seine historische Identität bewahren und gleichzeitig Raum für eine zeitgemäße Entwicklung schaffen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Stadtverwaltung das Vertrauen der Bürger in ihre Entscheidungsfindung wiederherstellt und sicherstellt, dass diese Angelegenheit im Einklang mit den besten Interessen der Stadt und ihrer Bewohner gelöst wird.

Churs Stadtentwicklungskonzept 2050 – Visionen ohne strategischen Anker

Im nebulösen Nebel des [Stadtentwicklungskonzepts, STEK 2050](#), von Chur mag eine Fülle von Visionen blühen, doch eine klare Strategie zur Verwirklichung dieser Träume dümpelt im Dunkel der Unklarheit. Wir sehen ein langfristiges Vorhaben, dessen Intentionen seitens des Stadtrats im Schatten verborgen bleiben und die Bereitschaft zur Offenlegung schlichtweg fehlt. Die Bürger sind in einem undurchdringlichen Dunst der Kommunikation gefangen. Dies sind beunruhigende Merkmale dieses Langzeitentwicklungsplans.

Die mangelnde Transparenz, die wie ein roter Faden durch dieses Konzept zieht, ist nicht zu übersehen. Sie hinterlässt Bürger und Interessengruppen im Dunkeln darüber, was die wahren Absichten des Stadtrates sind. Die fehlende Kommunikation und die undurchsichtige Natur des Konzepts verhindern eine konstruktive Diskussion und das dringend benötigte Verständnis für die geplanten Maßnahmen.

Ein Konzept, namentlich auch ein Stadtentwicklungskonzept, darf nicht allein ein Sammelsurium von Ideen sein, sondern es sollte einen klar strukturierten Fahrplan zur Verwirklichung von Zielen verkünden. Es sollte nicht nur Ziele und Visionen abdecken, sondern auch klipp und klar die nötigen Maßnahmen, Ressourcen, einen straffen Zeitplan und eine gut durchdachte Umsetzungsstrategie bereithalten.

In diesem Zusammenhang ist im STEK 2050 das eklatante Fehlen einer umfassenden Situationsanalyse besonders bedenklich. Ohne eine detaillierte Analyse der gegenwärtigen Gegebenheiten und Herausforderungen kann keine sinnvolle Strategie zur Stadtentwicklung entwickelt werden. Dieser Mangel an analytischer Tiefe lässt zahlreiche Fragen unbeantwortet und schafft Unsicherheit darüber, wie die Visionen des STEK 2050 in die Tat umgesetzt werden sollen.

Ein besonders beunruhigender Punkt betrifft die Bevölkerungsentwicklung Churs, bei der trotz zahlreicher Visionen eine klare Prognose schmerzlich vermisst wird. Angesichts der weitreichenden Auswirkungen, die die Bevölkerungsentwicklung auf die Stadtentwicklung haben kann, ist diese Lücke nicht zu akzeptieren. Eine umfassende Analyse der Bevölkerungstrends und ihrer Konsequenzen für die Stadtentwicklung ist unerlässlich, um realistische Lösungsansätze zu entwickeln.

Eine weitere gravierende Kritik zielt auf die unerschütterliche Ausrichtung auf unkontrolliertes Wachstum ab. Das STEK 2050 priorisiert rücksichtslos ökonomische Interessen, ohne

angemessene Sorge für soziale und ökologische Belange. Diese einseitige Ausrichtung birgt das Risiko sozialer Ungleichheit und schwerwiegender ökologischer Schäden.

Ein verbindliches Verkehrskonzept fehlt gänzlich. Bezüglich Verkehr bleibt das STEK 2050 bei bloßen Absichtserklärungen und Wunschvorstellungen stecken. Es müsste klare Ziele definieren und eine langfristige Vision für die Verkehrsentwicklung bieten. Eine detaillierte Analyse der gegenwärtigen Verkehrssituation ist unabdingbar, um die tatsächlichen Herausforderungen und Chancen zu erkennen. Konkrete Maßnahmen und Strategien sollten präsentiert werden – keine vagen Versprechen, sondern klare Schritte, wie der öffentliche Verkehr verbessert, Radwege ausgebaut und Verkehrsberuhigung umgesetzt werden. Es ist höchste Zeit, dass Chur ein solches umfassendes und verbindliches Verkehrskonzept entwickelt.

Ein wesentlicher Aspekt, der hierbei besondere Aufmerksamkeit verdient, betrifft die Klimastrategie – oder besser gesagt, das gähnende Fehlen derselben im STEK 2050. In einer Zeit, in der der Klimawandel eine der drängendsten globalen Herausforderungen darstellt, fehlen konkrete Maßnahmen und Aktionspläne zur Anpassung an diese Realität. Angesichts der akuten Dringlichkeit des Klimawandels ist es unerlässlich, klare Strategien und konkrete Maßnahmen zur Anpassung und Reduzierung von Emissionen vorzusehen. Stattdessen bleiben die im STEK 2050 präsentierten Klimafloskeln ohne greifbaren Inhalt. Dieses alarmierende Versäumnis schreit geradezu nach konkreten Schritten und klaren Zielen.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Freiraum- und Freiflächenstrategie. Das Konzept betont zwar die Bedeutung dieser Räume für die Lebensqualität in der Stadt, doch es fehlen klare Pläne zur Schaffung oder Erhaltung dieser Freiräume. Empfehlungen bleiben vage, konkrete Vorschläge zur Gestaltung von Straßenräumen und öffentlichen Plätzen sind nicht vorhanden. Auch der Zusammenhang zwischen dichter Bebauung und dem Bedarf an öffentlich zugänglichen Freiräumen wird zwar betont, bleibt aber ohne klare Umsetzungsvorschläge. Ebenso verbleibt die Anregung, quartierbezogene Freiräume zu benennen und zu sichern, bedauerlicherweise unverbindlich und im Dunkeln der Unverbindlichkeit.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das STEK 2050 zweifelsohne eine Vielzahl wichtiger Themen anspricht, aber an der Umsetzung und klaren Strategien scheitert. Es bedarf dringender Verbesserungen, um die Zukunft von Chur nachhaltig und im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Die Einbindung der Bürger in den Planungsprozess ist unabdingbar. Sie dürfen nicht ausgeschlossen werden. Die Visionen und Ziele für die Stadtentwicklung müssen in einem breiten gesellschaftlichen Diskurs geschmiedet werden. Die Stimmen und Bedenken der Bevölkerung müssen ernst genommen werden, um eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft für Chur zu gewährleisten. Und genau dieses Verständnis und diese Bereitschaft zur Einbindung der Bürger fehlen bei der heutigen Stadtregierung.

Plessurbrücke - Kritik an obskurer Churer Stadtplanung.

SO:14.09.2022³; SO 232.05.2023⁴

In der Diskussion um die Churer Stadtplanung gibt es deutliche Kritikpunkte am Stadtrat, die nicht unbeachtet bleiben sollten. Die geplante Plessurbrücke und die begleitende Tangentialbuslinie werfen Fragen auf, die auf mangelnde Transparenz und fehlende demokratische Prozesse hinweisen.

Der Stadtrat von Chur zeigt sich in dieser Angelegenheit alles andere als ein Vorbild für eine effektive Bürgerbeteiligung und transparente Entscheidungsprozesse. Die Anwohnerinnen wurden erst in letzter Minute über das Brückenprojekt informiert, und die Aufstellung einer Tafel zur geplanten Brücke erfolgte erst gegen Ende der Einsprachefrist. Dies hinterlässt den Eindruck, dass die Stadt die Betroffenen bewusst im Dunkeln lässt.

Besonders beunruhigend ist die vermeintliche Salomitaktik, die der Stadtrat anwendet. Statt von Anfang an offen über die Absichten zu informieren, werden Tatsachen geschaffen, die künftige Entscheidungen vorwegnehmen. Dies betrifft nicht nur die Brücke, sondern auch die angedachte Tangentialbuslinie über die Giacomettistrasse, über die es bisher keine öffentliche Diskussion gab.

Die Informationspolitik des Stadtrats hinterlässt den Eindruck, dass er eine demokratische Debatte und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger umgehen will. Die Bevölkerung fühlt sich übergangen und frustriert angesichts des Schweigens und der mangelnden Transparenz seitens der Stadtregierung.

Es ist an der Zeit, dass der Churer Stadtrat seine Vorgehensweise überdenkt und den Prinzipien der Transparenz und der demokratischen Teilhabe mehr Aufmerksamkeit schenkt. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, in die Entscheidungsprozesse ihrer Stadt angemessen einbezogen zu werden, anstatt vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Stadtarchitektin - Sie kam, sah – und geht gleich wieder

Südostschweiz, 21. Juli 2023; Südostschweiz, 28. Juli 2023; Südostschweiz, 28. Juli 2023
Leserbrief L.Seifert.

Der überraschende Rücktritt von Stadtarchitektin Anne Pfeil in Chur nach nur vier Monaten wirft nicht nur Fragen zur Stabilität in der Stadtplanung auf, sondern wirft auch ein grelles Licht auf die Rolle und das Versagen des Stadtrats.

Anne Pfeils schneller Weggang, um beim Bundesamt für Kultur zu arbeiten, wirft ernsthafte Fragen zur Arbeitsumgebung und den Bedingungen in Chur auf. Es scheint, dass sie in der Stadt

³ Durband, Gion-Matthias (2022): Aufruhr im Quartier; Südostschweiz, 1,6; 14.09.2022.

⁴ Durband, Gion-Matthias (2023): Aufruhr im Quartier; Südostschweiz, 1,3; 23.05.2022.

nicht die notwendige Unterstützung oder den erforderlichen Gestaltungsspielraum gefunden hat, um ihre Arbeit effektiv auszuführen.

Ein zentrales Problem, das sich aus Pfeils Abgang ergibt, ist die anhaltende Fluktuation in der Position des Stadtarchitekten in Chur. Dies wirft ernsthafte Fragen zur Planungskontinuität auf und deutet darauf hin, dass die Stadt Schwierigkeiten hat, qualifizierte Fachkräfte langfristig zu halten. Ein solches Muster von Amtslücken und kurzfristigen Amtszeiten ist nicht förderlich für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Die Berichte über ein mittelmäßiges Betriebsklima im Baudepartement der Stadt sind ebenfalls bedenklich. Das Arbeitsumfeld spielt eine entscheidende Rolle bei der Arbeitszufriedenheit und Produktivität der Mitarbeiter. Wenn diese Berichte zutreffen, stellt sich die Frage, warum der Stadtrat nicht gehandelt hat, um ein besseres Arbeitsumfeld zu schaffen.

Die Rolle des Stadtrats in diesem Kontext darf nicht übersehen werden. Der Stadtrat hatte Anne Pfeil versichert, dass sie die notwendige Unterstützung und Freiheit für ihre Arbeit erhalten würde. Wenn sich herausstellt, dass diese Zusicherungen nicht eingehalten wurden, wirft dies ein ernsthaftes Licht auf die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in die Stadtverwaltung.

Chur steht derzeit vor bedeutenden städtebaulichen Herausforderungen, insbesondere im Zusammenhang mit der anstehenden Revision der Grundordnung. Ein stabiler und kompetenter Stadtarchitekt ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Stadt diese Herausforderungen erfolgreich bewältigen kann. Der schnelle Abgang von Anne Pfeil zu einem so kritischen Zeitpunkt ist äußerst problematisch und wirft Fragen zur Planung und Führung der Stadt auf.

Insgesamt muss Chur nun dringend eine qualifizierte Nachfolgerin finden und sicherstellen, dass sie die notwendige Unterstützung und Gestaltungsfreiheit erhält, um die städtische Entwicklung voranzutreiben. Gleichzeitig muss der Stadtrat seine Rolle und sein Versagen bei der Sicherstellung eines förderlichen Arbeitsumfelds und der Umsetzung von Zusicherungen ernsthaft überdenken.

Stadtklima-Initiative: Kein Fairplay des Stadtrats

[Chur, 28. August 2023, Pressemappe](#)

Die Churer Stadtklima-Initiative, eingereicht von 12 Organisationen mit über 1500 Unterschriften im November 2022, steht im Mittelpunkt dieser politischen Auseinandersetzung. Der Churer Gemeinderat, anstatt die Initiative im Einklang mit den verfassungsmässigen Bestimmungen zu behandeln, erwägt auf Antrag des Gemeinderatspräsidenten das zugrundeliegende Gesetz für einen menschen- und umweltfreundlichen Stadtverkehr aus dem Jahre 1989 aufzuheben. Der Stadtrat möchte prüfen, ob das zugrundeliegende Stadtverkehrsgesetz aufgehoben werden kann. Dieses Manöver wirft einen Schatten auf die demokratischen Grundprinzipien der Stadt.

Das Initiativkomitee, das die Stadtinitiative unterstützt, erhebt legitime Anliegen und Kritikpunkte. Die geplante Aufhebung des Stadtverkehrsgesetzes käme einer Verhöhnung des Bürgerwillens gleich, da das Gesetz erst umgesetzt werden sollte, bevor es aufgegeben wird. Diese Missachtung der Demokratie ist inakzeptabel. Das Vorgehen des Gemeinderatspräsidenten zur Einleitung der Aufhebung des Gesetzes weist darauf hin, dass Grundsätze der Transparenz und Beteiligung untergraben werden sollen. Dies widerspricht den Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats. Das Initiativkomitee fordert, dass sich der Gemeinderat mit der Initiative befasst, ohne sich vorgängig bereits für die Aufhebung der gesetzlichen Grundlage auszusprechen.

Die Kritik geht weiter. Die Tatsache, dass die meisten wichtigen städtischen Velo- und Fußgängerverbindungen immer noch vom Autoverkehr dominiert werden, trotz bestehendem Stadtverkehrsgesetz, wirft Fragen zur politischen Führung des Stadtrats auf. Die Plafonierung und Reduktion des Autoverkehrs in der Stadt Chur wurden nicht gemäß den gesetzlichen Vorgaben umgesetzt. Dies zeigt die eklatante Diskrepanz zwischen den politischen Versprechungen und der Realität, was Fragen zur Umsetzung und Durchsetzung bestehender Gesetze aufwirft. Angesichts der Diskussionen seit den 80er Jahren zur Energiewende, zeugt dies von mangelnder Weitsicht. Das Fehlen einer umfassenden Churer Verkehrspolitik, im Vergleich zu anderen Städten, ist ein weiterer Beleg für das Versagen des Stadtrats.

Diese umfassende Kritik zeugt von einem tiefen Misstrauen gegenüber der Churer Stadtbehörde und seiner Bereitschaft, demokratische Prinzipien zu respektieren. Die Einheit der Materie, die bei dieser Angelegenheit in Frage steht, erfordert eine gründliche Untersuchung und eine offene Debatte.

Die Stadtklima-Initiative hat klare Ziele: die Reduzierung des Verkehrs und der Versiegelung von Flächen in der Stadt, um den Klimawandel zu bekämpfen und die Stadt hitzeresilienter zu gestalten. Die Gesundheit der Bürger steht ebenfalls im Fokus. Doch die Initiative sieht sich einem undemokratischen Kräftespiel ausgesetzt, das die demokratischen Grundwerte der Stadt auf die Probe stellt.

Es ist an der Zeit, dass der Stadtrat seine demokratische Verantwortung ernst nimmt und die Prinzipien der Transparenz und Partizipation respektiert. Die Zukunft der Stadt und die Bedürfnisse ihrer Bürger erfordern eine offene und ehrliche Debatte, denn nur durch eine offene und respektvolle Debatte kann eine nachhaltige Lösung für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gefunden werden. Es steht viel auf dem Spiel, nicht nur für die Churer Stadtklima-Initiative, sondern für die Demokratie selbst.

Zusammenfassung

Chur: Stadtbehörde und Stadtplanung unter der Lupe

Wer die Stadtplanung untersucht, kann staunen, lernt sehen und begreift, warum strittige Themen im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen. Fragen zur Stadtplanung beleuchten auch die Rolle und das Handeln der Stadtbehörde, insbesondere des Stadtrats.

Ein Thema ist Churs städtisches Inventar der schutzwürdigen Bauten. Transparenz und die politischen Einflüsse innerhalb der Stadtverwaltung sind zu hinterfragen. In den Fokus geraten die Objekt-Auswahlkriterien des Stadtrats. Die fehlende Fachkompetenz innerhalb der Stadtverwaltung, um Bauten aus kultur- und architekturhistorischer Perspektive zu bewerten, wirft Zweifel an der Neutralität des Auswahlprozesses auf. Die Vermutung politischer Motive bei der Auswahl der Objekte untergräbt die Unabhängigkeit des Entscheidungsprozesses. Auch gibt es Fehler und Lücken im Inventar. Sorgfalt und Genauigkeit des Prozesses sind infrage gestellt. Das Inventar der Altstadt ist unvollständig. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, klare und objektive Grundlagen für den Umgang mit dem baukulturellen Erbe zu schaffen.

Das STEK 2050. Kritisiert wird die mangelnde Transparenz in der Planung. Eine umfassende Situationsanalyse und eine Strategie sind nicht im Ansatz vorhanden. Es fehlen klare Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung. Letztere wirken sich auf die Stadtentwicklung aus und sind unerlässlich, um realistische Lösungsansätze zu entwickeln. Einseitige Ausrichtung auf ökonomische Interessen und das Fehlen eines Verkehrskonzepts werden moniert. Wie soll es möglich sein, vor diesem Hintergrund eine Grundordnung zu revidieren und eine nachhaltige Zukunft für Chur sicherzustellen?

Die geplante Plessurbrücke und die begleitende Tangentialbuslinie sind ebenfalls Gegenstand der Kritik. Hier wird vor allem die Intransparenz und die undemokratische Informationspolitik des Stadtrats bemängelt. Die Anwohner fühlen sich übergangen und schlecht informiert.

Der überraschende Rücktritt der Stadtarchitektin Anne Pfeil wirft Fragen zur Stabilität in der Stadtplanung auf. Die Fluktuation in der Position des Stadtarchitekten und Berichte über ein mittelmäßiges Betriebsklima im Baudepartement werfen ein grelles Licht auf das Versagen der Behörden. Die städtebaulichen Herausforderungen setzen einen stabilen und kompetenten Stadtarchitekten voraus.

Im Mittelpunkt der politischen Debatte steht neu die Churer Stadtklima-Initiative. Die undemokratische Vorgehensweise des Gemeinderatspräsidenten wird kritisiert. Das zugrundeliegende Gesetz für einen menschen- und umweltfreundlichen Stadtverkehr will man aufheben. Das wird als Verhöhnung des Bürgerwillens empfunden. Mangelnde Umsetzung bestehender Gesetze und das Fehlen einer umfassenden Verkehrspolitik werden unablässig moniert.

Diese Anliegen zeigen Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber der Churer Stadtbehörde. Wo ist ihre Bereitschaft, demokratische Prinzipien zu respektieren? Man erwartet offene und ehrliche Debatten, um nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu finden. Es geht um wichtige Entscheidungen, die das Stadtbild und die Lebensqualität der Bürger nachhaltig beeinflussen werden.